



Positionspapier Handyverbote

Stuttgart, den 17. September 2025 PM |

Wir fordern Gleichberechtigung für Schülerinnen und Schüler!

In der aktuellen Debatte um die Handynutzung an Schulen fühlen wir uns, als die davon eigentlich Betroffenen nicht ausreichend gehört und unsere Interessen in vielen Maßnahmen nicht widerspiegelt. Aus unserer Sicht müssen die Debatten grundlegend anders geführt werden, um Maßnahmen zu entwickeln, die tatsächlich positive Effekte auf die Handy- und Social-Media-Nutzung und die Medienbildung von jungen Menschen haben. Grundlegende Bestandteile einer solchen Debatte und konkrete Handlungsvorschläge wollen wir in diesem Positionspapier definieren.

1) Mentale Gesundheit und Smartphone-Nutzung

In der aktuellen Debatte werden vielfach Studien zitiert, die Korrelationen zwischen einer exzessiven Smartphone-Nutzung und psychischen Auffälligkeiten aufzeigen. Dabei wird das Smartphone oft ohne Sinn und Verstand scheinbar monokausal für diese psychischen Auffälligkeiten verantwortlich gemacht und alle anderen Faktoren ausgeblendet. Dabei scheinen die verantwortlichen Akteur:innen völlig auszublenden, dass in diesen Studien nur Korrelationen aufgezeigt werden (können) und keine Kausalitäten. Wir wissen jedoch, dass Kinder und Jugendliche aus schlechten sozioökonomischen Verhältnissen ganz besonders unter der aktuellen Mental-Health-Krise junger Menschen leiden. Anstatt dieses Problem als vielschichtig anzuerkennen und ihm auf multiplen Ebenen zu begegnen, führen viele Politiker:innen dieses Problem fast gebetsmühlenhaft auf die Smartphone-Nutzung zurück. Das kann und darf nicht unser Anspruch sein! Mit Symbolpolitik wird es uns nicht besser gehen.

2) Social-Media-Nutzung

In der Politik wird aktuell heiß über Social-Media-Verbote für junge Menschen, zum Beispiel für alle unter 16-Jährigen, diskutiert. In dieser Debatte zeigen viele Politiker:innen, wie weit sie von der tatsächlichen Realität junger Menschen entfernt sind und wie wenig es ihnen tatsächlich um Maßnahmen für Kinder und Jugendliche geht. Das Problem sind nicht per se Social-Media-Plattformen, sondern wie sie von Kindern und Jugendlichen genutzt werden. Denn zur Wahrheit gehört, dass diese Plattformen so gestaltet sind, dass sie möglichst abhängig machen, damit die Betreiber möglichst viel Geld verdienen. Das muss aber nicht so sein. Die EU könnte hier Vorgaben machen, wie zum Beispiel ein Modus für Kinder und Jugendliche auszusehen hat, der keine oder kaum Elemente hat, die abhängig machen. So könnten Kinder und Jugendliche weiterhin sicher Plattformen wie YouTube nutzen. Denn gerade solche Plattformen werden von uns auch viel zum Lernen benutzt und sind aus der heutigen Bildungswelt kaum wegzudenken. Zur Wahrheit gehört auch, dass viele Lehrkräfte YouTube-Videos tagtäglich nutzen, um ihren Schüler:innen Inhalte näherzubringen. Es wäre völlig absurd, wenn sich Schüler:innen diese Inhalte zwar von einer Lehrkraft zeigen lassen können, aber sie später zu Hause nicht mehr nutzen könnten. Hier braucht es Lösungen, die eine schädliche Nutzung limitieren, aber die gesunde und richtige Nutzung zulassen. Gleiches muss für Messenger und andere Plattformen gelten. Ansonsten kommen wir schnell an den Punkt, an dem sich junge Menschen Alternativen suchen, wenn sie nicht mehr auf die etablierten Plattformen zugreifen können. Die Konsequenzen hier wären dramatisch und sähen



ähnlich aus wie die Regulierung bei Porno-Webseiten, auf die junge Menschen oft ebenfalls ungefilterten Zugriff haben. Schon jetzt sind junge Menschen auf Social-Media-Plattformen exponiert für Sexbots, Glücksspielwerbung oder Gewaltinhalte. Das würde in einem vollkommen unregulierten Umfeld noch viel dramatischere Ausmaße annehmen. Das gilt es zu verhindern. Im Zweifel heißt das dann aber eben nicht, denjenigen etwas zu verbieten, die die kleinste Lobby haben – also Kindern und Jugendlichen –, sondern großen Plattformbetreibern strikte Vorgaben zu machen, sodass deren Nutzung auch für junge Menschen problemlos möglich ist.

3) Handynutzung an Schulen

Gerade wirft die Politik förmlich mit pauschalen Handyverböten um sich, und auch das Kultusministerium empfiehlt den Schulen, Handys nahezu vollständig zu verbieten – wobei man das so nicht sagen kann. Denn dabei geht es nicht um die Handys im Allgemeinen, sondern nur um jene von Schüler:innen. Das ist absurd. Denn die negativen Effekte eines Handys in Reichweite, auf die sich das Kultusministerium stützt, lassen sich ebenso bei Erwachsenen nachweisen. Also warum müssen dann die Schüler:innen vor Handys geschützt werden, damit sie ihre beste Leistung abrufen können, aber die Lehrkräfte nicht? Kann es sein, dass die Lobby der Schüler:innen einfach nicht stark genug ist? Oder liegt es einfach nur daran, dass die Studienlage nach wie vor nur bedingt aussagekräftig ist und man mit Symbolpolitik ein Zeichen setzen will? Was auch immer der Grund sein mag, die Conclusio ist immer die gleiche: Handyverbote müssen genauso für Lehrkräfte wie für Schüler:innen gelten. Es gibt keinen Grund, warum Lehrkräfte ihr Handy während ihrer Arbeitszeit in der Schule privat nutzen dürfen. Denn abgesehen von möglichen Effekten auf Konzentration und Leistungsfähigkeit geht es dabei vor allem um Fairness zwischen Lehrkräften und Schüler:innen und um die Vorbildfunktion von Lehrkräften. Wer eine Maßnahme von oben herab durchsetzt, ohne sich selbst daran zu halten, wird für diese Maßnahme wenig Akzeptanz gewinnen können. Wer Missbrauch von Handys während des Unterrichts unterbinden will, sollte sich lieber an die eigene Nase fassen. Denn in einem Großteil der Fälle liegt diese missbräuchliche Nutzung nicht an den Schüler:innen, sondern an schlechtem Unterricht. Wer es nicht schafft, die Schüler:innen mit seinem Unterricht mitzunehmen, wird das auch nach einem Handyverbot nicht schaffen. Bei gutem Unterricht, der die Schüler:innen miteinbezieht und abholt, bleibt es bei Einzelfällen, dass mal das Handy privat genutzt wird oder Schüler:innen sich mit Tic-Tac-Toe auf einem Blatt ablenken. Wenn sich eine Lehrkraft aber allen Ernstes vor die Klasse stellt und dann 20 Arbeitsblätter mit Text austeilte und 90 Minuten lang einen Dialog hält, verursacht sie diese Probleme mit. Dann sind plötzlich 80 bis 90 Prozent der Schüler:innen am Handy, in Gedankenwelten oder anderen Spielchen beschäftigt. Natürlich ist das nicht der einzige Grund, genau wie bei allem anderen ist es auch hier multikausal, und diesem Problem muss auf vielen Ebenen begegnet werden. Bessere Unterrichtsqualität ist aber ein entscheidender Teil. Genauso wie es ein entscheidender Bestandteil ist, dass Schulen zu Lebensorten werden und nicht heruntergekommene Bauten aus den 60ern und 90ern bleiben. Wenn Schüler:innen in der Pause keine Möglichkeit haben, miteinander zu spielen, weil der Pausenhof ein Stück grauer Beton ist, dann ist es nachvollziehbar, wenn das Handy verlockender ist. Wenn wir uns privat verabreden, setzen wir uns auch nicht zusammen und sind mehrere Stunden am Handy. Natürlich sind wir auch da mal am Handy, aber eben nicht die ganze Zeit, wie es uns oft in Schulpausen vorgeworfen wird. Zwar ist es auch hier nicht so, dass wir nur am Handy sind, wenn wir es können, aber wenn uns Alternativen zur Bewegung oder anderen Aktivitäten fehlen und wir nur in der Gegend herumstehen können, dann ist natürlich die Ausflucht in eine digitale Welt attraktiv. Ironischerweise passiert das dann genau in diesen Gruppen, die dann gemeinsam am Handy sitzen. Wenn wir schon in der Realität keine Möglichkeit haben, miteinander zu spielen, dann machen wir das halt digital. Uns dafür die Schuld zu geben, zeigt, wie absurd diese Debatte ist. Anstatt uns einfach das Smartphone – und damit auch einen Teil unserer Pausengestaltung – wegzunehmen, gebt uns doch sinnvolle Dinge, die wir tun können. Baut uns einen

Basketballplatz, baut uns Fußballtore oder Tischtennisplatten und gibt uns das Material dazu. Gebt uns einen Tischkicker, Schach oder Billard. Aber wenn uns all diese Möglichkeiten fehlen, dann ist es einfach nachvollziehbar, dass wir uns so beschäftigen. Oder wie wäre es mit flächendeckendem WLAN für Schüler:innen? Dann könnten wir zum Beispiel auf viele Lerninhalte zugreifen, ohne auf mobile Daten angewiesen zu sein. Denn oft liegen diese auf digitalen Plattformen wie Moodle oder finden in Form von Lernvideos statt. Wenn ein kostenfreier Internetzugang fehlt, dann überlegt man sich als Schüler natürlich zweimal, wofür man seine kostbaren mobilen Daten aufbraucht, oder greift einfach direkt auf Offline-Spiele zurück, wenn die Alternativen auf dem Pausenhof fehlen. In der ganzen Debatte spricht niemand darüber, wie wir das (Schul-)Leben von jungen Menschen besser machen können, sondern nur darüber, was man ihnen wegnehmen kann. Das ist traurig und zeigt, wie wenig Bereitschaft in der Politik vorhanden ist, in junge Menschen und deren Leben zu investieren.

Abschließend möchten wir festhalten, dass die Smartphone- und Mediennutzung ganzheitlich und auf Augenhöhe gedacht werden muss. Nutzungsregeln für das Smartphone müssen für alle in der Schule gleichermaßen gelten, psychische Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Smartphone-Nutzung müssen gesamtheitlich betrachtet werden, und anstatt pauschalen Social-Media-Verboten müssen Plattformen jugendgerecht und sicher werden.

Kontakt zum Landesschülerbeirat

Pressesprecherin | Esmeralda Temizyüz

presse@lsbr.de

+49 172 7388816

Vorsitzender | Joshua Meisel

vorsitz@lsbr.de

+49 172 3467697

Geschäftsstelle | Landesschülerbeirat

Silberburgstraße 158

70178 Stuttgart